

Zeitschrift: Bulletin Electrosuisse
Herausgeber: Electrosuisse, Verband für Elektro-, Energie- und Informationstechnik
Band: 98 (2007)
Heft: 18

Rubrik: Politik und Gesellschaft = Politique et société

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 01.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

26 Massnahmen für erneuerbare Energien und Energieeffizienz

Am 3. September hatte Bundesrat Moritz Leuenberger zwei Aktionspläne zu Energieeffizienzmassnahmen und zur Förderung erneuerbarer Energien in eine nationale Anhörung geschickt. Die ersten Stellungnahmen folgten prompt. Die Anhörung für die Überarbeitung der Entwürfe dauert noch bis Mitte Oktober.

«Die Entwürfe zu den Aktionsplänen beziehen sich auf den Zeitraum von 2007 bis 2020 und sind auf die neuen Ziele und Massnahmen der Klimapolitik abgestimmt», erläuterte das UVEK in einer Medienmitteilung. Sie umfassen 26 Massnahmen in den Bereichen Energieeffizienz und erneuerbare Energien.

Vier Säulen der schweizerischen Energiepolitik

Die beiden Aktionspläne wurden, gestützt auf die Entscheide des Bundesrats vom Februar und unter Berücksichtigung zahlreicher, vom Parlament in der März- und Junisession lancierter Vorstösse zur Energiepolitik (insbesondere in den Bereichen Gebäude, Geräte und Mobilität), erstellt. Am 21. Februar beschloss der Bundesrat eine Neuausrichtung der schweizerischen Energiepolitik: Gestützt auf vier zentrale Säulen soll sich die Schweiz gegen die drohende Energielücke und die Klimaproblematik wappnen: mehr Energieeffizienz, ein Ausbau der erneuerbaren Energien, der Bau von neuen Kraftwerken zur Produktion von Elektrizität und eine verstärkte Energieausssenpolitik.

Energieeffizienz und erneuerbare Energien

Der Aktionsplan Energieeffizienz umfasst 18 Massnahmen in den Bereichen Gebäude, Mobilität, Geräte und elektrische Motoren, Forschung und Technologietransfer, Aus- und Weiterbildung sowie Massnahmen zur verstärkten Wahrnehmung der Vorbildfunktion durch die öffentliche Hand.

Der Aktionsplan erneuerbare Energien beinhaltet insgesamt acht Massnahmen in den Bereichen Wärmeproduktion (Heizung und Warmwasser, Prozesswärme bei Industrie und Dienstleistungen), Wasserkraft, biogene Treibstoffe, Forschung und Technologietransfer sowie Aus- und Weiterbildung.

Anhörung bis Mitte Oktober

Die Anhörung dauert bis Mitte Oktober. Wie Marianne Zünd, Mediensprecherin des BFE, auf Anfrage des Bulletins SEV/VSE mitteilte, gingen bis Mitte September noch

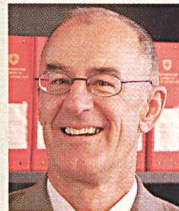
wenig Inputs zu den Entwürfen des UVEK ein. «Dies war auch zu erwarten», erklärt Zünd, «da sich die interessierten und betroffenen Kreise zuerst einlesen und informieren müssen.» Spezielle Anhörungsrounden in Form von Workshops mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Umweltorganisationen seien für Ende September geplant. Nach der Anhörung würde der Entwurf mit Ergänzungen und Korrekturen aus der Anhörung überarbeitet und gehe dann in die Ämterkonsultation. Über das Vorgehen bei den weitergehenden Massnahmen der Aktionspläne, welche Gesetzes- und Verordnungsänderungen erfordern, wird der Bundesrat noch in diesem Jahr entscheiden.

Aktionspläne lösen Kontroverse aus

Die ersten Stellungnahmen zu den Entwürfen des UVEK folgten prompt. Die Erdöl-Vereinigung betrachtet die UVEK-Pläne als Schritt in Richtung Bevormundung der Konsumenten punkto Art und Höhe ihres Energieverbrauchs. Sie lehnt daher mehrere Vorschläge dieses «26-teiligen Korsetts» ab. In den Aktionsplänen manifestiere sich eine interventionistische Grundhaltung, die im Widerspruch zu einer liberalen, marktwirtschaftlich orientierten Energie- und Umweltpolitik stehe. Auch die Economiesuisse ist der Meinung, die Aktionspläne würden die Wirtschaft massiv behindern und zu einer einschneidenden Wohlstandseinbusse führen.

Die Grüne Partei Schweiz hingegen bezeichnet die 26 vorgeschlagenen Massnahmen im Vergleich zu den letzten zwanzig Jahren als «Meilenstein» in der Schweizer Energiepolitik. Im Vergleich zum akuten Handlungsbedarf kämen die Aktionspläne aber zu spät, seien wenig ambitionös und absolut ungenügend. Die Schweizerische Energie-Stiftung SES befürwortet das Tempo und die generelle Stossrichtung der von Bundesrat Leuenberger vorgestellten Aktionspläne. Wie die Grünen findet die SES jedoch, dass die Ziele ungenügend seien. Insbesondere bei der Reduktion des Stromverbrauchs und der Reduktion der Klimagase müsse die Schweiz mehr tun. (ki)

Energie- und Umweltpolitik im Wahljahr



Toni Bucher ist Geschäftsleitungsmitglied des VSE und Leiter Politik.

Für die politische Profilierung eignen sich die Energie und das Klima trefflich. Wir alle sind davon in mehrfacher Hinsicht betroffen – nicht zuletzt als Konsument und Stimmbürger.

Der VSE hat eine langfristige Haltung. Er setzt sich für eine sichere wirtschaftliche und umweltverträgliche Stromversorgung unseres Landes ein. In seiner Vorschau 2006 auf die langfristige Elektrizitätsversorgung wird unmissverständlich festgestellt, dass der Elektrizitätsbedarf aus demografischen, wirtschaftlichen und ökologischen Gründen weiterhin zunehmen wird und mit zusätzlichen Kraftwerken im Inland gedeckt werden muss. Der Bau von neuen Grosskraftwerken wird unumgänglich sein.

Die Elektrizitätsbranche setzt sich für die Steigerung der Energieeffizienz über die ganze Wertschöpfungskette ein – von der Produktion über den Transport bis zur Anwendung. Der VSE weist in seiner Vorschau auch aus, dass das Ziel einer Stabilisierung des Stromverbrauchs sachlich falsch ist. Effizienzmassnahmen im Gebäude- und im Verkehrsbereich sowie die Substitution von fossilen Energien unter anderem für Minergiehäuser, Wärmepumpen, öffentlichen Verkehr usw. benötigen zusätzlichen Strom. Ebenso unterstützt die Branche die Förderung der neuen erneuerbaren Energien zur Stromproduktion im Rahmen ihrer realistischen Potenziale.

Der VSE wird sich in der Umsetzung der Energie- und Klimapolitik für effiziente, wirtschaftliche und zielorientierte Massnahmen zu Gunsten des Wirtschaftsplatzes Schweiz einsetzen. Marktwirtschaftliche Instrumente, freiwillige Massnahmen und die Verantwortung der Konsumenten müssen die künftigen Aktionspläne prägen. Die vorgeschlagenen massiven Staatseingriffe und neue Steuern erachten wir nicht als zielführend. Wir werden die Massnahmen nun im Detail prüfen und die eigene Haltung im Rahmen der Anhörung einbringen.

Energieförderprogramme zeigten 2006 starke Wirkung

Die energetische Wirkung der kantonalen Energieförderprogramme hat im Jahr 2006 erneut deutlich zugenommen. Gegenüber dem Vorjahr stieg die Wirkung insgesamt um über ein Drittel an, wie das BFE am 10. September mitteilte. Die kantonalen Förderprogramme leisten damit einen wesentlichen Beitrag an die Energie- und CO₂-Ziele des Bundes. Die erfreulichen Resultate zeigen, so das BFE, dass sich die Globalbeiträge des Bundes in Kombination mit dem harmonisierten Förderprogramm der Konferenz kantonalen Energiedirektoren als energiepolitische Instrumente bewähren.

Beeindruckende Resultate

Im Jahr 2006 verfügten 23 Kantone über die rechtlichen Voraussetzungen für ein kantonales Förderprogramm. Insgesamt wurden 45,7 Mio. CHF an Fördermitteln ausbezahlt (30,8 Mio. CHF Kantonsmittel und 14,9 Mio. CHF Globalbeiträge Bund. Darin enthalten sind auch Zahlungen aus Verpflichtungen der Vorjahre), mit welchen glänzende Resultate erzielt werden konnten.

So konnte der Energiebedarf 2006 um rund 268 GWh gesenkt werden (6600 GWh bezogen auf die ganze Lebensdauer der Massnahmen), 237 Mio. CHF gingen an energetische Investitionen, eine Beschäftigungswirkung von 1390 Personenjahren wurde erzielt, und es wurde eine Reduktion des CO₂-Ausstosses um 77 000 Tonnen erreicht (1,9 Millionen Tonnen bezogen auf die ganze Lebensdauer der Massnahmen).

Resultate sind massgebend für 2008

Gesamtschweizerisch wurde ein Wirkungsfaktor von 1,77 kWh/Rp. errechnet (d.h. pro eingesparte kWh wurden 0,56 Rappen an Fördergeldern eingesetzt). Der vom Bundesamt für Energie veröffentlichte Bericht zur Wirkungsanalyse der kantonalen Förderprogramme 2006 wird massgebend sein für die Vergabe der Globalbeiträge für das Jahr 2008.

Im Vergleich zum Vorjahr konnten damit die Gesamtwirkung um 35 % und der Wirkungsfaktor im Durchschnitt aller Kantone um rund 8 % gesteigert werden. Gegenüber dem Vorjahr wurden knapp 20 % mehr an Fördermitteln ausbezahlt. (BFE/kl)

Das Übertragungsnetz soll ausgebaut werden

Ein unabhängiges Gutachten hat die Notwendigkeit und Angemessenheit des Ausbaus des strategischen Übertragungsnetzes bestätigt. Die Stiftung Landschaftsschutz schlägt Alarm.

Das Bundesamt für Energie veröffentlichte am 9. September ein Gutachten über die Notwendigkeit und Angemessenheit des Ausbaus des strategischen Übertragungsnetzes. Das Gutachten betrachtet die Konzeption des von der Arbeitsgruppe Leitungen und Versorgungssicherheit (AG LVS) definierten strategischen Übertragungsnetzes als sinnvoll und bezeichnet den Grossteil der von der Arbeitsgruppe empfohlenen Aus- und Umbauprojekte als notwendig und angemessen. Zur Schliessung der Lücken und zur Verbesserung der Netzstrukturen müssten diese Vorhaben möglichst rasch umgesetzt werden.

Das Gutachten wurde von Prof. Dr. Ing. Hans-Jürgen Haubrich und der Firma Consentec Consulting für Energiewirtschaft und -technik GmbH in Aachen (Deutschland) erstellt. Im Gutachten kommt man zum Schluss, dass die Festlegung eines strategischen Übertragungsnetzes uneingeschränkt zu befürworten sei, da dies eine koordinierte Planung der langfristigen Netzentwicklung ermögliche.

Die Notwendigkeit, Tauglichkeit und Angemessenheit des Grossteils der Aus- und Umbauprojekte erachten die Gutachter als eindeutig begründbar und belegt. Zugunsten der Planungssicherheit für die Beteiligten sei deren Umsetzung nach endgültiger Festlegung des strategischen Netzes durch den Bundesrat rasch in Angriff zu nehmen.

Der Ausbau des strategischen Übertragungsnetzes stösst bei der Stiftung Landschaftsschutz Schweiz (SL) auf Widerstand. Sie fürchtet eine erhebliche Landschaftsbelastung durch die zahlreichen derzeit geplanten Höchstspannungsleitungen. Sie fordert vermehrte Verkabelung und schlägt eine Fondslösung vor. Die geplanten Freileitungen können aufgrund ihrer Dimensionen (50 bis 90 Meter hohe Tragwerke) laut SL kaum verträglich in die Landschaft eingepasst werden.

Die Stiftung Landschaftsschutz wirft den projektierenden Werken vor, Verkabelungen aus Kostengründen zu scheuen. Zwar führten neue Projekte auch zu einer Optimierung der vorhandenen Leitungen, und es würden Zusammenlegungen und Verkabelungen von kleineren Leitungen durchaus möglich. Dennoch tangierten die neuen internationalen Leitungskorridore oftmals unberührte Landschaften und das Hochgebirge. (BFE/SL/kl)

Klimarating der Nationalratskandidaten

Am klimafreundlichsten sind die kandidierenden Räte im Aargau – am wenigsten klimafreundlich im Kanton Appenzell: Das zeigt das Online-Klimarating des WWF. Bis zu den Wahlen am 21. Oktober können Wählerinnen und Wähler auf www.wwf.ch/klimarating per Mausclick eruieren, welche der kandidierenden Nationalrätinnen und -räte klimafreundlich, klimaindifferenter oder nicht klimafreundlich sind.

Dabei fällt allgemein auf: Die Kandidaten sind mehrheitlich klimafreundlich. Bei den Neuen haben sogar alle einen Smiley, das Symbol für Klimafreundlichkeit. Bei den bisherigen Kandidaten stimmten die Frauen insgesamt doppelt so häufig fürs Klima wie die Männer, und bei den Bürgerlichen finden sich immer mehr Vertreter, die sich für den Klimaschutz einsetzen.

Der WWF hat zehn klimarelevante Abstimmungen von der CO₂-Abgabe bis zur ökologischen Steuerreform ausgewertet

und untersucht, wie oft die wieder kandidierenden Nationalrätinnen und -räte in der zu Ende gehenden Legislaturperiode klimapolitische Anliegen unterstützt haben. Für das Rating, das im Unterschied zum generellen Umweltrating vom letzten Juni nur auf das Thema Klima fokussiert, wurden die Abstimmungen gezählt, bei denen die betreffenden Politiker anwesend waren. «Neue Kandidatinnen und Kandidaten haben wir angeschrieben und aufgefordert, fünf Fragen zur Klimapolitik zu beantworten», sagt Fredi Lüthin, Leiter Kommunikation des WWF. «Bei den Kandidierenden sind wir also auf deren eigene Angaben angewiesen.»

Nebst den Fragen und den Auswertungen aus den Abstimmungen hat der WWF das Rating mit den separaten Parametern «für die Kernenergie», «gegen ökologische Wasserkraftnutzung» und «gegen das Verbandsbeschwerderecht» erweitert. (WWF/kl)

Geothermie Basel: Schadensabwicklung kommt gut voran

400 Schadenfälle sind bis Ende August abgeschlossen worden. Im Zusammenhang mit den versicherungstechnischen und rechtlichen Aspekten wurde ein Schadenperimeter erarbeitet, der aufzeigt, wo Schäden als Folge der Erdstösse möglich sind.

Über 1500 Fälle der insgesamt 2500 Schadensmeldungen, aufgrund der Erdstösse im Zusammenhang mit dem Basler Geothermieprojekt, sind bis Ende August 2007 durch das Ingenieurbüro Aegerter & Bosshardt resp. die AXA-Winterthur bearbeitet worden. Die Schadensabwicklung kommt inzwischen gut voran. Für die von allen Beteiligten angestrebte effiziente und kompetente Abwicklung mussten verschiedene Voraussetzungen geschaffen werden, die angesichts dieses rechtlich wie auch versicherungstechnisch komplexen Falles mit grenzüberschreitender Ausdehnung teilweise sehr zeitintensiv waren. Dazu gehörten nebst den Prozessabläufen zwischen den Beteiligten und einem vereinfachten Verfahren bei kleineren Fällen auch die Bestimmung des Gebiets, in dem Schäden als Folge der Erdstösse seit dem 8. Dezember 2006 möglich sind. Dies war nicht zuletzt notwendig, weil teilweise

Schadensmeldungen aus grösserer örtlicher Entfernung eintrafen.

Schadenperimeter erarbeitet

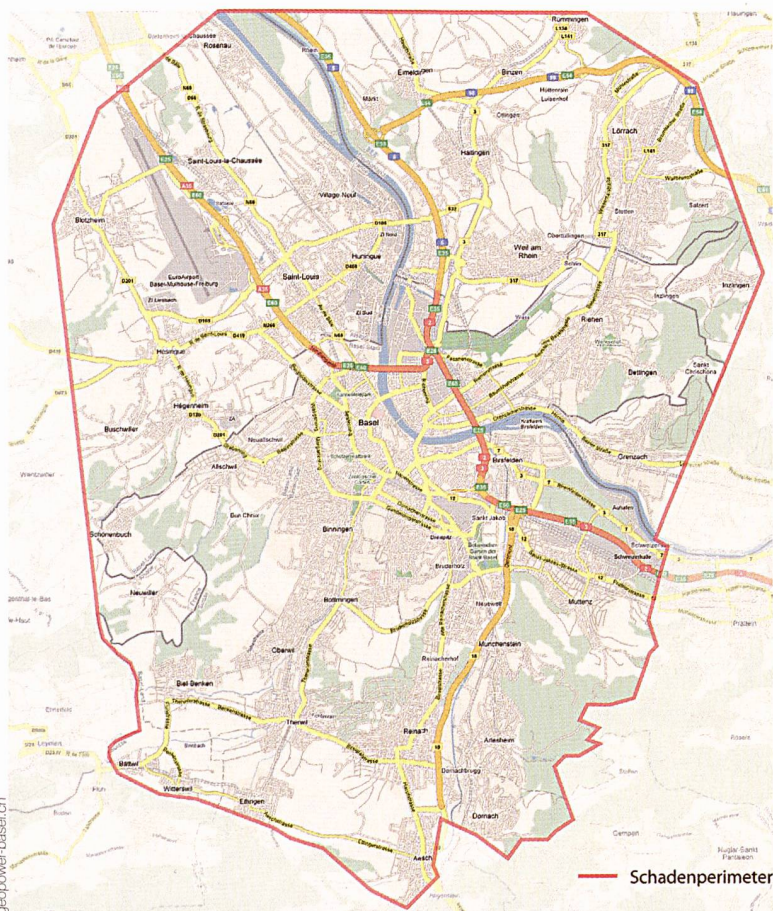
Dieser Schadenperimeter wurde von einem Ingenieurunternehmen (Aegerter & Bosshardt, Basel) mit Unterstützung des Schweizerischen Erdbebendienstes und des geologisch-paläontologischen Instituts der Universität Basel erarbeitet. Der Perimeter umfasst ein Gebiet von rund 15 km um das Bohrloch in Kleinhüningen. Für die Festlegung der Perimetergrenzen sind die von den seismologischen Stationen gemessenen Bodengeschwindigkeiten in der Region, die geologischen Verhältnisse und die Schadenverteilung anhand der Schadensmeldungen berücksichtigt worden. Bei der Bodengeschwindigkeit wurde gemäss den entsprechenden Normen der niedrigste in Betracht kommende Wert von mm/s gewählt. Ausserdem wurden die Grenzen des

Perimeters bewusst grosszügig bemessen. Damit soll verhindert werden, dass Schäden fälschlicherweise von der Beurteilung ausgeschlossen werden. Der technische Bericht «Perimeterdefinition» wie auch eine Karte des Perimeters sind unter www.geopower-basel.ch verfügbar.

Nicht alle Schäden wegen Erdstössen

Ausserhalb des festgelegten Perimeters ist daher davon auszugehen, dass die geltend gemachten Schäden nicht auf die verschiedenen Erdstösse, sondern auf andere Ursachen zurückzuführen sind. Von den 2500 eingegangenen Schadensmeldungen liegen insgesamt nur rund 160 Objekte ausserhalb des definierten Gebietes. Die Betroffenen werden von der AXA Winterthur direkt informiert.

Bisher wurden erwartungsgemäss keine Schäden an tragenden Bauteilen festgestellt. Es handelt sich vorwiegend um Rissbildungen in Oberflächenstrukturen wie Abrieb, Putz oder Kacheln sowie um Ablösungen bei der Schnittstelle verschiedener Materialien wie Putz an Holz. Ein Grossteil der Schäden liegt unter 2000 CHF. Massgebend für die Entschädigung ist der Zeitwert der zur Schadensbehebung notwendigen Sanierungsaufwendungen. (IWB/sh)



Perimeterkarte umfasst rund 15 Kilometer um das Bohrloch.

Basler Geothermieprojekt

Beim Pilotprojekt «Deep Heat Mining» soll nach dem Hot-Fracture-Rock-Verfahren Erdwärme für die Stromversorgung gewonnen werden. Dabei handelt es sich um eine Technologie, die erst an wenigen Orten erprobt wird. Mit dem Basler Projekt will die Geopower Basel AG das weltweit erste kommerzielle Kraftwerk nach diesem Verfahren realisieren. Seit dem Beginn, so die Betreiber, wäre klar gewesen, dass es sich um ein Pionierprojekt handeln würde, dessen Realisierung nicht hundertprozentig garantiert sei.

Nach den unerwartet starken Erdstössen im Winter 2006/2007 hat Geopower das Projekt vorerst sistiert. Die Regierung des Kantons Basel-Stadt stützt diesen Entscheid und will, unter Einbezug aller inzwischen vorliegenden Daten, eine umfassende Risikoanalyse in Auftrag geben. Gleichzeitig sind die Projektverantwortlichen dabei, mit den Ergebnissen aus der Stimulation, Alternativen zur weiteren Entwicklung des geothermischen Reservoirs zu prüfen. (geopower-basel.ch/sh)

Wachsender Widerstand gegen Kernenergie

In den vergangenen Wochen sind die Gegner der Kernenergie aktiv geworden.

Die Gegner der Kernenergie bezeichnen die Kernenergie als unsicher. Sie wollen den Bau neuer Kernkraftwerke in der Schweiz verhindern und fordern eine Energiewende.

Allianz Stopp Atom

Am 28. August wurde die Allianz «Stopp Atom» für eine «AKW-freie» Schweiz als Verein gegründet. Ihr gehören über zwanzig politisch, wirtschaftlich oder sozial engagierte Organisationen an, den Vereinsvorstand bilden Greenpeace Schweiz, die Schweizerische Energie-Stiftung, der WWF Schweiz, PSR / IPPNW Schweiz, Sortir du nucléaire und die JUSO. Die Allianz-Mitglieder haben eine Grundsatzerklärung unterzeichnet, in der die gemeinsamen Ziele festgehalten werden. Hauptziel ist es, den Bau neuer Atomkraftwerke in der Schweiz zu verhindern und die Gewinnung atomarer Energie zu stoppen.

SP-Plakate gegen Atomstrom

Fünf Tage vor dem Jahrestag des Attentats vom 11. September 2000 in New York, am 6. September, lancierte die SP das Plakat und die E-Card mit dem Bild eines Flugzeugs, das in einen Kühlturm fliegt. Der Slogan lautet: «Nein zum Atomrisiko». Das Plakat stiess parteiintern auf harsche Kritik. Ein beträchtlicher Teil der Parteibasis fand, dass das Motiv eines

Flugzeugs, das in ein Atomkraftwerk rast, gegen den guten Geschmack verstosse.

Aktion gegen Atomkraftwerke

«Wake-up!» hiess die Aktion, an der am 8. September auf dem Bundesplatz in Bern gegen 1000 Personen teilnahmen. Um punkt 15.30 Uhr liessen sie Hunderte von Weckern schrillen, um so symbolisch eine Energiewende einzuläuten. Wie diverse Tageszeitungen berichteten, wurde die Veranstaltung von mehreren Anti-Atom-Organisationen organisiert: den Grünen, der CSP und der Jungen Alternativen Bern. Es gehe darum, mit der Veranstaltung aufzurütteln und wachzurütteln, sagte die grüne Berner Nationalrätin Franziska Teuscher. Die Präsidentin der Grünen Schweiz, Ruth Genner, kündigte heftigen Widerstand gegen allfällige Baugesuche für neue Atomkraftwerke in der Schweiz an. Gegen sie würde das Referendum ergriffen.

Tras beschliesst Klage gegen Fessenheim

Ein Ziel des 2005 gegründeten Trinationalen Atomschutzverbands (Tras) war seit jeher, die Abschaltung des störanfälligen französischen Kernreaktors Fessenheim auf dem Klageweg zu erreichen, so steht es auf der Website des Verbands. Inzwischen hat die Atomkraft-Gegnerschaft im Dreiländereck Basel ihre Klage gegen das alte französische Kernkraftwerk Fessenheim fertiggestellt und deren Einreichung an der Jahresversammlung vom 10. September einstimmig beschlossen. (*Greenpeace/SP/Tras/kl*)

Kraftwerkprojekt in Italien stösst im Tessin auf Opposition

Ein Projekt zum Bau eines Wasserkraftwerks auf italienischem Boden stösst im Tessin auf grosse Opposition. Das Kraftwerk würde dem Fluss Isorno einen Grosseil des Wassers entziehen. Der Isorno fliesst durch das Onsernonetal im Tessin, eine Region, die zum regionalen Naturpark werden möchte.

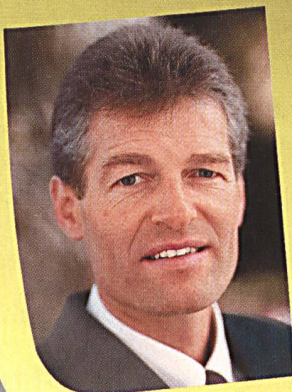
Wie das UVEK in einer Medienmitteilung vom 3. September bekannt gab, hat Bundesrat Moritz Leuenberger am Rande der EU-Umweltministerkonferenz in Lissabon mit seinem italienischen Amtskollegen Alfonso Pecoraro Scanio das umstrittene Kraftwerkprojekt erörtert. Leuenberger plädierte für eine nachhaltige Lösung und schlug die Schaffung eines grenzüberschreitenden Naturparks vor.

Scanio versicherte, dass Italien sich an die geltenden internationalen Regelungen halten wolle. Die Schweiz wird demnach während der Umweltverträglichkeitsprüfung konsultiert. Diese Prüfung soll zeigen, ob die geplante Stromproduktion derart einschneidende Auswirkungen auf die Natur rechtfertigt, betonte der italienische Minister. Die mögliche Redimensionierung des Kraftwerks sowie ein allfälliger Verzicht wurden am Treffen ebenfalls diskutiert. Scanio zeigte auch zum Vorschlag eines länderübergreifenden Parkprojekts Interesse.

Das Gespräch kam auf Druck der Tessiner Regierung und der Stiftung Landschaftsschutz (SL) zustande. Die Tessiner Regierung hatte den Bund bereits im Juni aufgefordert, bei der italienischen Regierung in Rom vorstellig zu werden. Die SL forderte Bundesrat Leuenberger Anfang September in einem Brief auf, zum einen das Anerkennungsverfahren für den Nationalpark zu beschleunigen. Zum anderen soll Italien der Vorschlag eines grenzüberschreitenden Nationalparkes gemacht werden, unter Einbezug des italienischen Teils des Onsernonetals. (*UVEK/SL/kl*)

Neue Energieverordnung in Vaduz

Die Regierung in Vaduz hat am 21. August die Neufassung der Energieverordnung genehmigt. Die Verordnung regelt die Mindestanforderungen für eine energiesparende Bauweise und Betriebsführung von Gebäuden. Des Weiteren werden die technischen Anforderungen an die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden und deren energetische Verbesserungspotenziale festgelegt. Die Verordnung will vor allem eine sparsame und rationelle Energieverwendung fördern sowie die Energieeffizienz von Gebäuden steigern. (*pafl/kl*)



« Gutachten heissen
darum Gutachten, weil
man gut achten muss, wer
ihr Auftraggeber war. »

Zitat von Heinz Karrer, Axpo-CEO, am Forum Argovia zum Thema Energielücke.

Klimacheck des WWF zeigt persönliche CO₂-Bilanz

Unter www.wwf.ch/klimacheck können Internet-User seit dem 5. September angeben, wie sie sich in klimarelevanten Alltagssituationen künftig entscheiden. Werden Sie zum Beispiel jeden Tag Fleisch essen oder nur selten? Werden Sie ihre Ersparnisse grösstenteils beim Einkaufen ausgeben, auf einem normalen Sparkonto anlegen oder in einen Ökofonds investieren?

Der Clou des Spiels: Eine CO₂-Säule zeigt bei jedem Entscheid an, wie viele Kilogramm des Treibhausgases der Teilnehmer damit verursacht. Und eine Geldsäule macht deutlich, welchen Effekt seine Wahl auf das eigene Portemonnaie hat. Zudem verändert sich im Lauf des Spiels das Landschaftsbild im Hintergrund: Von sonnig-friedlich bis zu düster-bedrohlich, je nach Antworten.

Am Schluss gewinnt der Spieler einen von fünf symbolischen Pokalen. Doch das ist noch nicht alles: Nun kann er seine konkreten Vorsätze (Commitments) für die Zukunft

bekannt geben – und sieht auf einer Schweizer Karte, wie viele Commitments schon abgegeben wurden und wie «sein» Kanton im Vergleich mit anderen steht. ([wwf.ch](http://www.wwf.ch))



Im Lauf des Spiels verändert sich das Landschaftsbild.

Zu den schönsten Aspekten unserer Tätigkeit gehört das Wissen, an beständigen Werten zu arbeiten.

An Energie, anstelle von Strohfeuern
an Leistung, anstelle von Hektik
an Rendite, anstelle von Raubbau.

Unsere Partner im Energie-Markt
pflegen dies seit vielen Jahrzehnten.
Unser Bestreben ist es, sie für weitere zu unterstützen.

Beständigkeit hat Zukunft.

ESATEC

Energiesysteme und
Anlagentechnik AG
www.esatec.ch